

# Samburger Echo

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonn- und Festtags 30 A.

Wohlfühlung des Tages  
erschien täglich abends,  
Sonntags u. nach Festtagen  
nur einmal. Preis pro  
Abonnement 2,25 A. monatlich.  
10 A. vierteljährlich frei  
ins Haus.  
Redaktion:  
Friedlandstraße 11, 1. Etage,  
Verantwortlicher Redakteur:  
Hans-Jürgen Meyer, Hamburg  
Gr. 23 11 10 12  
Friedlandstraße 11, Gr. 23 11 10 12  
Verlag: Gr. 23 11 10 12  
Verlag: Gr. 23 11 10 12

Abgabe des Abonnement  
Bestellkarte 2,20 A. monatlich,  
50 Prozent Zeugnisausweis  
auftrag. Abbestellkarte u.  
Familienangelegenheiten 2,30 A.  
Nur eigene Anzeigen  
Schlachtenstraße 11 in  
Gr. 23 11 10 12 abends  
für den folgenden Tag,  
in den Bücheln bis 3 Uhr  
und in allen Anzeigen-  
Büros bis zum Ende  
der Redaktion am  
Vorabend. Resten in  
reduzierten  
Zeitungen abzugeben  
Entgelt nicht aufzunehmen.

Nr. 218.

Freitag, den 13. Mai 1921 - Morgen-Ausgabe.

35. Jahrgang.

## Der Sieg Englands.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt und:  
Die Annahme des Entente-Ultimatums ist ein großes politisches Ereignis, das aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet zu werden verdient. Über seine innerpolitische Bedeutung ist schon viel gesagt worden und wird noch manches zu sagen sein. In außenpolitischer Beziehung ergibt sich seine unmittelbare Bedeutung von selbst, es war die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden, die im Sinne des Friedens gefallen ist, es war die Rettung Deutschlands vor der ihm unmittelbar drohenden Eroberung und Zerstörung. Die Deutschnationalen schreien freudig, daß diese Rettung durch die ungeschickliche Politik der deutschen Politik erkauft sei. Als ob diese Belastung zuvor nicht bestanden hätte, als ob wir nicht gerade durch die deutschnationalen Politik einen Weltkrieg verloren hätten, als ob es keinen Frieden von Versailles gäbe!

Die außenpolitische Bedeutung der Annahme des Ultimatums ist mit diesen ersten Feststellungen nicht erschöpft. Die Annahme des Ultimatums, die für Deutschland nur eine Befestigung seiner Niederlage war, war für England ein Sieg über Frankreich. Und zwar ein sehr wichtiger und sehr notwendiger Sieg, wenn England nicht durch die Fehler Lloyd Georges seinen eigenen weltpolitischen Willen verlieren und einfach zum Landsknecht Frankreichs werden sollte.

Der französische Imperialismus will die Befestigung des Ruhrreviers. Darum war Briand bemüht, das Ultimatum auf Deutschland so zu gestalten, daß seine Annahme von vornherein ganz ausgeschlossen war. In diesem Falle hätte nicht nur die Befestigung Englands, sondern Frankreich wäre auch verhängnisvoll beschädigt gewesen, zur letzten Niederwerfung Deutschlands die Hilfe Englands und der kleineren Mächten in Anspruch zu nehmen. Letztes Deutschland als, so war England abermals um lange Zeit, vielleicht auf viele Jahre, in die Gefolgschaft Frankreichs gezwungen und mußte zusehen, wie Frankreich neben seiner militärischen und politischen auch seine wirtschaftliche Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent erweiterte.

Die englische Politik war nun stets darauf gerichtet, eine solche Vorherrschaft nicht aufkommen zu lassen. Wenn man England wegen seiner Politik des Gleichgewichts der Mächte schon oft angegriffen hat, so muß man auf der einen Seite zugeben, daß diese Politik viel Unfrieden in den europäischen Kontinent gebracht hat, aber auch auf der anderen Seite, daß sie eine Lebensnotwendigkeit für England ist. So wie nur die Eifersucht Englands seine eigene Freiheit auf dem Meere verbürgt, ohne die es als Inselreich dem Lande genötigt ist, so verbürgt die Politik des Gleichgewichts der Mächte England seine Bewegungsfreiheit auf dem festen Lande; wenn in Europa nur eine Macht herrscht, kann hängt es von dieser Macht ab, ob Englands Schiffe an den Küsten des Kontinents landen dürfen, ob englische Waren auf dem Kontinent veräußert werden können. England hat die Kontinentalpolitik nicht vergessen und darf sie nicht vergessen.

Lehnte Deutschland das Ultimatum ab, so hätte Frankreich damit sein Ziel vollständig erreicht, und England war auf dem Kontinent nur so lange geduldet, als es in solches Gehorham hinter den französischen Militaristen einhermarschierte. In Erkenntnis dieser Gefahr, nicht aus blinder Liebe zu Deutschland und auch nicht aus Gerechtigkeitsgefühl — obwohl man diesen moralischen Faktor niemals unterschätzen soll — ist in England während der Londoner Verhandlungen eine Bewegung entstanden, die alles daran setzte, die Vollendung des französischen Planes zu verhindern, und es waren Kreise der Finanz- und des Handels, die ihre Führung übernahmen. Darum hat Frankreich in den Londoner Verhandlungen auch nicht durchgesetzt, was es wollte, es hat nicht eine solche Befestigung des Ultimatums mit unumgänglich und unumkehrbaren Forderungen erreicht, wie es beabsichtigte, sondern es hatte sich mit einem Kompromiß begnügen müssen. In einigen Zügen dieses Kompromisses tritt die Absicht hervor, Deutschland die Erfüllung des Ultimatums wenigstens für die erste Zeit zu erleichtern, so in dem Verzicht auf die Forderung, das Gold der Reichsbank nach Paris zu überführen und seine Befestigung durch das Verlangen, eine Milliarde auswärts bezogen zu bekommen, oben die Milliarde, die Deutschland in seinem Verzicht an Amerika selber angeboten hatte. Dies geschah, um es immer wieder zu betonen, nicht aus Freundlichkeit für Deutschland, aber aus Sorge vor einem übermäßigen Emporschneit der Macht Frankreichs.

Nachdem das Ultimatum erlassen war, bekehrten alle französischen Imperialisten täglich auf den Krieg; daß Deutschland es ablehnen möchte, die Engländer bekehrten aber ebenso, daß Deutschland es annehmen möchte. Jetzt werden sie erleichtert aufatmen, daß die Annahme erfolgt ist, denn durch sie wird das Schlepptau gerettet, das England an das Schiff der französischen Machtlosigkeit ketzte. England hat damit seine Handelsfreiheit wieder gewonnen.

Daß England diese Handelsfreiheit zugunsten Deutschlands bewahren würde, ist nicht zu erwarten, natürlich wird es sie zu seinem eigenen Vorteil benutzen. Aber der Kampf, der um das Ultimatum und seine Annahme oder Ablehnung gekämpft wurde, zeigt das Aufkommen der Erkenntnis Englands, daß Frankreichs Vorteil nicht immer Englands Vorteil und Deutschlands Unglück nicht immer Englands Glück ist.

Die deutschen Befürworter der Ablehnung haben für Frankreich, die Befürworter der Annahme für England gekämpft. Sie taten es gütlich und ehrlich, es war ihnen zu tun, obwohl die Befürworter der Ablehnung sich sagen konnten, daß sie damit das Spiel des imperialistischen Frankreichs spielten. Die Befürworter der Annahme haben den vollen Sieg des imperialistischen Frankreichs bewirkt und Deutschland vor einer unmittelbaren Katastrophe gerettet. Daß sie zugleich auch England halfen, seine weltpolitische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, braucht ihnen zum mindesten nicht leid zu tun.

## Konflikt in Nordschleswig.

Aus Hadersleben wird gemeldet, daß das deutsche Kampfgemeinschaftsamt von 1848/50 in Hadersleben, das 1886 von allen Kameraden errichtet wurde, geklärt auf Verstoß der dänischen Wehrmacht des Magistrats ohne die hiesigen Kollegen zu befragen, einvernehmlich in die dänische Wehrmacht einbezogen worden, dem „Apostropher Tageblatt“ zufolge, unter Protest ihrer Kameraden niedergelegt.  
Nach einer P.W. Meldung aus Kopenhagen hat die Antisemitengruppe der deutschen Stadtpartei andere Urkunden. Dem „Fremden“ zufolge begründete der deutsche Abgeordnete Meyer seinen Schritt damit, daß die Haltung der Dänen, besonders in der Peninsularfrage für die hiesigen Kollegen zu befragen, einvernehmlich in die dänische Wehrmacht einbezogen worden, dem „Apostropher Tageblatt“ zufolge, unter Protest ihrer Kameraden niedergelegt.

## Sozialistische Regierung?

Berlin, 12. Mai. (Drahtbericht.)

Nach einmal haben sich die Unabhängigen unserer Entladung zur Regierungsbildung darauf entzogen, daß sie erklären, nur in ein rein sozialistisches Kabinett, keinesfalls aber in ein bürgerlich-sozialistisches Koalitionskabinett eintreten zu wollen. Der „Vorwärts“ beruht die Unabhängigen klar zu machen, daß eine sozialistische Minderheitsregierung auch nur eine verkappte Koalitionsgovernment mit irgendeiner bürgerlichen Partei sei, diese Minderheitsregierung darf bei jedem Schritt auf die Stimme bürgerlicher Abgeordneter angewiesen sein. Wir könnten also zu einer rein sozialistischen Regierung nur durch die Reife der Entwicklung kommen. Mit Recht spricht der „Vorwärts“ aus: Am Augenblick fehlen aber für eine rein sozialistische Regierung alle Voraussetzungen. Es fehlt die starke Volksmehrheit, auf die sie sich stützen muß, es fehlt der weitverbreitete Presseapparat, der sie trägt. Es fehlen auch, offen heraus gesagt, die Möglichkeiten, im sozialistischen Sinne das zu leisten, was man von einer rein sozialistischen Regierung verlangen kann. Deutschland steht unter dem allerjüngsten Druck einer Allianz, der es mit unerhörtem Betrag als Schuldner blickt. Die wichtigste Aufgabe einer deutschen Regierung ist es heute, für ein Kapital, dessen Größe alle Vorstellungsmaßnahmen übersteigt, Zinsen und Zinseszinsen herbeizuführen. Das kann gewiß keine „rein sozialistische Regierung“ tun. Die Unruhe großer Wählermassen würde gerade eine sozialistische Regierung die Enttäuschung entgegen lassen, daß diese Regierung unter der Last des von den Reichsparteien verschuldeten Gewaltfriedens nicht das leisten kann, was man erwartet. Mit diesem Standpunkt wollen wir das Ziel einer rein sozialistischen Regierung aber nicht in nebelhafte Fernen schieben. Wir wollen auch nicht nur warten, sondern wir wollen arbeiten und die Voraussetzungen schaffen. Die erste Voraussetzung aber ist die Wiederherstellung einer starken, einzigen Sozialdemokratie, die den kommunistischen Wirrwarr und der Zerstückelung der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet. Die Unabhängigen können ihr Teil dazu beitragen, daß die durch die Verhältnisse erzwungene Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht wieder zu einer tiefen Entfremdung zwischen den beiden sozialistischen Parteien führt.

## Regierungsvorstellung im Reichsrat.

In der Donnerstagsabstimmung stellte sich der Reichsrat Dr. Wirth vor. In der Tagesordnung des Reichsrats mit einer kurzen Ansprache vor, in der er betonte, daß die Regierung noch kein Programm vorlegen könne, daß sie aber keine Politik treiben werde, die darauf abzielt, die Zustimmung zu dem Ultimatum durch Bestimmen zu bewirken und daß deutsche Verträge ohne Vorbehalt zu erfüllen. Wirth erinnerte die Regierung auch die Anerkennung ihres guten Willens von der Gegenseite und ein ehrliches Spiel in Oberdeutschland. Der Reichsrat hat mit ihm den schweren Weg zu gehen und das „Ja“ der deutschen Regierung vor aller Gefahr der Störung zu wahren. — Nach dem Reichsrat stellte sich der neue Reichsminister des Innern Dr. Graßauer an dem Reichsrat vor und betonte, daß das Deutsche Reich immer am besten dabei fahren werde, wenn man auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder Rücksicht nehme. — Der Vertreter Bayerns dankte den Rednerinnen und versprach die bereitwillige Mitarbeit des Reichsrats.

## Die bayerische Entwaffnungsfrage.

Unser Berliner Vertreter meldet uns:  
Die Erwartungen, daß das bayerische Ministerium nach durch die Annahme des Ultimatums erledigt sei, befähigt sich nicht. Infolge der von den bayerischen Volkspartei, deren Vertrauensmann er in der Regierung ist, ein ungeschickliches Vertrauensvotum erhalten. Nach den Ereignissen der letzten Tage ist nicht anzunehmen, daß diese Vertrauensvotum zugleich eine Befestigung des absehbaren Standpunktes bedeuten soll, den die bayerische Regierung in der Einwohnerfrage bisher eingenommen hat. Im Gegenteil, es liegt die Vermutung nahe, daß der Entwaffnungsforderung in gewissen Sinne entsprochen wird. Eine Vereinstellung zur Entwaffnung spricht übrigens aus einer Note, die am Donnerstag aus dem Pariser „Journal“ an Deutschland weitergegeben wurde und die von indirekten Verhandlungen zwischen Frankreich und Bayern spricht. Die Note ist von dem Berliner Korrespondenten des „Journal“ nach Paris telegraphiert worden, und zwar, wie wir aus bestimmten Gründen annehmen, direkt auf Veranlassung des Führers der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, mindestens aber mit dessen Einverständnis.

## Englische Pressstimmen.

„Daily Telegraph“ schreibt: Wenn Deutschland die Bedingungen pünktlich und treu erfüllt, führe das zum Wieder-aufleben der friedlichen Tätigkeit. Wenn Deutschland endlich die Verpflichtungen halte, bestehe vielleicht eine neue Zeit des Fortschritts und des Wiederaufbaus für Europa an. Es besteht kein Grund zu bezweifeln, daß Wirth und Kollegen aufrichtig sprechen und willens sind, aufrichtig zu handeln.  
„Times“ schreibt: Deutschlands Entschluß wurde überall befriedigend aufgenommen, und Wirth hätte Klugheit und Mut, darauf zu bestehen, daß die Annahme der Bedingungen aufrichtig sein müsse. Es sei zu hoffen, daß die Zukunft nicht so unruhig werde, wie der gegenwärtige Zustand. Die Zukunft zu nehmen, um die volle Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland jetzt wiederholt anerkannt, zu sichern. Die Zwangsmaßnahmen werden aber keinesfalls durchgeführt, wenn Deutschland sein Wort beachte oder zu Zweideutigkeit und Verzögerungen greife.  
In bezug auf Oberschlesien schreibt die „Times“: Wirth bezeugt mit Recht darauf, daß die Zukunft Oberschlesiens durch den Friedensvertrag entschieden werden muß und die Alliierten unter keinen Umständen zulassen dürfen, daß die Polen irgendwelche Rechte, die Deutschland trotz des Friedensvertrages in Oberschlesien besitzen müsse, mit sich führt. Das Wort ist mit Lloyd George und Wirth der Ansicht, daß die diesbezüglichen Pflichten der Alliierten nicht werden müßten. „Daily News“ schreibt: Tatsache ist, daß der letzte große Streit zwischen Deutschland und den Alliierten durch Annahme der Forderungen der Alliierten aus dem Wege geräumt und eine ganz neue Lage geschaffen ist. Es handelt sich, dem Wort zufolge, jetzt um die Frage, ob einerseits Deutschland mit aller Aufrichtigkeit seinen Verpflichtungen nachkomme und ob die Alliierten andererseits bereit sind, Bedingungen zu stellen, unter denen dies möglich ist. Deutschland könne seine Schuld nur durch die Ausübung des deutschen Handels fördern und überall beibehalten, Hindernisse in den Weg zu legen.  
„Daily Chronicle“ erklärt, daß die Regierung Wirth mit den Kräften, die normalerweise in Deutschland die Vorkriegsstände hätten, als in einem Übermaß und mit zahlreichen launigen Elementen unter ihren derzeitigen Anhängern bei der Durchführung ihrer den Alliierten gegenüber gegebenen Versprechungen werde rechnen müssen. Der einzige Weg, um der deutschen Regierung zu helfen, sei in einer festen Haltung zu suchen und keinen Zweifel zu lassen, daß die Versprechungen zu brechen, die Wirkung ihrer Annahme erreicht habe. „Daily Chronicle“ fährt fort: Derlei Druck, der Deutschland auf den Fuß der Loyalität zurückdrücke, werde nötig sein, um es zu hindern, zu dem Abzug von Soldaten der letzten 18 Monate zurückzukehren. Das Wort erklärt, daß die Entente aus dem letzten Jovist geklärt hervorgegangen sei.  
„Daily Herald“ sagt, der Einmarsch in das Ruhrgebiet sei nur ein wenig verzögert. Die Franzosen hätten es aber eilig, daher ist es für Deutschland zu einer sofortigen Rückkehr zu bringen, indem sie Deutschland Oberschlesien herüber, damit es nicht zahlen könne und indem sie durch die Förderung des polnischen Aufstandes eine Lage schaffen, in der es Deutschland nicht wagt, abzurufen.

## Oberschlesien.

### Die Diktatur Korfantis.

C. B. Warshaw, 11. Mai. (Drahtbericht.)

Nach hier vorliegenden Meldungen ist Korfanti bemüht, seinen erlangten Besitzstand zu festigen. Angeblich hat er sich bereits der Festlegung einer Demarkationslinie zugestimmt, die fast bis an die Korfanti-Linie heranreicht. Innerhalb dieses Gebietes hat Korfanti, der sich als „Regierungschef“ und „Diktator des obererschlesischen Aufstandes“ bezeichnet, Wahlen neuer Gemeinde- und Kreisräte angeordnet; diese neuen Wahlen müssen Korfanti unbedingt unterstellt sein. Im übrigen bereit Korfanti die Kampfstellungen der Aufständischen. Er war jedoch diesseits der Grenze in Sosnowice, wo er festgesetzt wurde. Trotz der Grenzsperrung begab sich ein Demonstrationszug aus 30 000 obererschlesischen Polen gleichfalls nach Sosnowice. Nach einer Meldung der „Rozgospolita“ aus Beuthen wird dort in Flugblättern zu Massenversammlungen aufgerufen. Diese Versammlungen werden aufgerufen, Resolutionsentwürfe zu fassen, wonach die Magdalenberg der Internationalen Kommission in Oberschlesien als beendigt zu betrachten sei und fortan von der Bevölkerung nur insoweit gebildet werden könne, als sie die Befreiung Oberschlesiens von Deutschland“ nicht hindere. Ferner sei die Uebergabe der Post und der Eisenbahn an Polen und die Bewaffnung der gesamten polnischen Bevölkerung des Aufstandsgebietes sofort zu verlangen. Die polnische Presse läßt sich aus den Kreisen der Aufständischen melden, daß die endgültige Allianz der Aufständischen in den nächsten Tagen bevorstehe.

### Le Rond demittiert.

Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gibt am 12. Mai mittags folgendes bekannt: General Le Rond hat mir soeben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Internationalen Kommission auf das bestimmte erklärt, daß der von Warshaw vorbereitete Forderungspruch, es wären zwischen der Internationalen Kommission und den Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende im ganzen und in seinen einzelnen Punkten erlogen sei. Es seien weder über den Waffenstillstand noch über eine Demarkationslinie, noch über den Uebergang der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Annexion usw. irgendwelche Verhandlungen geschlossen worden, geschweige denn irgendwelche Abmachungen getroffen worden.  
Die Internationalisierte Kommission gibt amtlich bekannt: Gewisse Zeichnungen berichten über das Zustandekommen eines Waffenstillstandes mit den Insurgenten, wonach eine Demarkationslinie festgelegt sei. Diese Mitteilung erhebt jeder Grundlage.

## Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

106. Sitzung.

Donnerstag, 12. Mai, mittags 1 Uhr.

Die Genehmigung zur Strafbefugnis des Abg. Thoma's (Komm.) wegen Verleitung, Unterjochung und Weinsiebes wird nach einem Antrag des Geschäftsausschusses nicht erteilt.

Ein Schlußwort Antrag Hoffmann (Komm.) verlangt die sofortige Entlassung des Abg. Thoma's (Komm.) aus der Strafbefugnis der Gefangenenauslieferung Landsberg am See in Bayern. Brotau (D.D.P.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses, der vorgeschlagene Antrag die Zustimmung nicht zu erteilen. Thoma's soll bei der Aufforderung zum Schwereit und Umsturz der bestehenden Staatsform auf „Trotz“ statt erwidert werden.  
Vormittags liegen nicht vor. Bei der Abstimmung begünstigt Camminer (Bayr. F.P.) die Beschäftigung des Gutes. (Punkte bei den Komm.)

Präsident Lobe stellt fest, daß das Haus beschlußfähig ist und beräumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später, auf 1 1/2 Uhr, an.

Zweite Sitzung.

Präsident Lobe eröffnet die neue Sitzung um 2 1/2 Uhr. Neu auf die Tagesordnung gesetzt ist der Bericht des Geschäftsausschusses über den Antrag Müller-Franken (E.D.), betr. Veränderung der Verordnung von Sondergerichten.  
Haberbusch (E.D.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor. Danach sollen Jugendliche nur dann von Sondergerichten abgetrennt werden, wenn ihre Straftat mit der von Erwachsenen im Zusammenhang steht. In Reichsgerichten und Sondergerichten soll eine Verteilung möglich sein. Die Einladungsfrist soll von 24 Stunden auf 8 Tage erhöht werden. In allen Fällen soll eine Anwesenheitspflicht, wenn auch eine befristete, notwendig sein. Zum Schluß wird freier Vorschlag der in Untergerichtsbarkeit Befähigten mit ihrem Verteidiger verlangt.  
Der Ausschussvertrag wird ohne Erweiterung einstimmig angenommen.

Das neue Gebührenregulativ für die Auslandsbehörden geht an den Hauptauschuss. Der Gegenstand über die Regelung des Verkehrs mit Getreide wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss übergeben. — Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, die Reichsregierung zu erlauben, schleunigst einen Gesetzentwurf in zeitig vorzulegen, daß nach im Laufe des Jahres eine Gesetzesvorlage, betr. Ausgestaltung der Leistungen in der Wohnhilfe, erfolgt.  
Es folgt die 2. Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten.  
Bei der Abstimmung über § 1 begünstigt Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschäftigung des Hauses. Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf 2 1/2 Uhr an Tagesordnung: Pensionen.

Dritte Sitzung.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. — Zahlreiche Briefschaften werden ohne Ansprache erledigt. Eine Eingabe, betr. den Verkauf des Saargebietes, wird der Reichsregierung zur Veranschaulichung übergeben.  
Der Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages fordert baldmöglichst ein Verzeichnis über die Lage im Saargebiet. Nach Begründung des Antrages durch Hülshoff (D.D.P.) und Reichert (D.D.P.) werden die Anträge des Ausschusses angenommen.  
Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Einem Antrag Simon (U.S.P.), nach einem Gesetzentwurf auf Aufhebung der Besetzung der Arbeitslosenversicherung für 26 Wochen neu auf die Tagesordnung zu setzen, widersprechen die Abg. Schulz-Bromberg (D.D.P.) und Meiser (D.D.P.). Dem Antrag kann also nicht stattgegeben werden.  
Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Dienstag, 16. Mai, nachmittags 3 Uhr. Er erwidert die Ermächtigung, wenn die politischen Verhältnisse es notwendig machen, auch früher eine Sitzung einzuberufen.  
Hoffmann (Komm.) beantragt, morgen eine Sitzung abzuhalten. (Beifall.)  
Schulz-Bromberg (D.D.P.): Angehörige der katastrophalen Lage sollte der Reichstag schon am 24. Mai wieder zusammenzutreten.

Leist (Bayr. F.P.) widerspricht.  
Präsident Lobe: Der Ausschussauschuss hatte zuerst den 24. Mai in Aussicht genommen. Da aber am 26. Mai landwirtschaftlicher Feiertag ist, hat er von diesem Termin Abstand genommen.  
Meiser (D.D.P.) schlägt vor, den Vorkommnisse am 19. Mai einzuberufen, um ihn über einen früheren Zusammentritt des Reichstages beschließen zu lassen.  
Das Haus beschließt sodann, die nächste Sitzung am 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, abzuhalten und den Präsidenten zu ermächtigen, gegebenenfalls früher eine Sitzung einzuberufen.  
Der Präsident schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen: Das Gesetz über den Volksdienst. Das Reichsgesetz. — Ein Antrag Hoffmann (Komm.), auch den Amnestiegesetz.

auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Ebenso ein Antrag des Ausschusses auf Entgegennahme einer Regierungserklärung. Für diesen Antrag stimmen mit den U.S.P. und den Komm. auch die beiden Reichsparteien. Damit erreicht sich ein Gesamtbeschluss als notwendig. Dabei erscheinen nur wenige Abgeordnete der Mittelpartei wieder im Saal und das Ergebnis: 111 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen, zeigt eine neue Beschlußunfähigkeit des Hauses.  
Präsident Lobe: Die nächste Sitzung findet am 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, statt mit mir vorbesagten Tagesordnung, wobei ich mir vorbehalten, noch weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Regierung eine Erklärung abgeben wird. — Schluß 3 1/2 Uhr.

## Die Entführung des Fischdampfers „Senator Schröder“ nach Sowjet-Rußland.

Auf Meuterei, schweren Raub und Freiheitsberaubung bezügliche Beschlüsse lautete die Anklage gegen den am 9. Februar 1920 in Dülstedt geborenen Seemann Hermann K. Müller, den am 9. November 1907 in Hamburg geborenen Matrosen Hugo Hermann August Heide und den am 26. Nov. 1888 in Rethel geborenen Schiffsführer Franz Jung, die sich vor dem außerordentlichen Seegericht zu verantworten hatten. Die Anklage gründet sich auf folgende Ereignisse: Am Abend des 21. April 1920 verließ der Fischdampfer „Senator Schröder“ den Fischereifischen in Cuxhaven, um eine Fangreise nach Island anzutreten. Die Besatzung bestand aus dem Kapitän, Steuer- und Maschinenführer, 3 Matrosen, 3 Fischer, 1 Koch und 6 Matrosen, darunter Knüfken, Heide und ein inhaftiger verbordener Knecht. Ferner befand sich Kapitän Schröder als Passagier an Bord. Um etwa 8 1/2 Uhr abends, als das Feuerlicht „Ebe I“ bereits brennt, wird, ersehen Knüfken auf der Kommando-Brücke und fordernde den Kapitän Schröder unter der falschen Angabe, daß ein Matrose erkrankt sei, auf in den Mannschaftsraum zu kommen. Dort bemerkte der Kapitän 3 fremde Männer, nämlich die später flüchtig genannten Appel und Albin sowie den Angeklagten Jung, der aus einer Ude herbeikommt. Knüfken, Albin und Appel hatten Waffen in der Hand. Sinter ihnen standen die Matrosen Heide und Arnold, die ebenfalls mit Knüfken gemeinschaftliche Sache vorhaben. Auf die Frage des Kapitäns, was die fremden Leute an Bord wollten, entgegnete Knüfken: „Sie sehen, wir sind alle schon demotiviert mit Gewehren, Pistolen, Handgranaten und Maschinenpistolen. Ihr Widerstand ist nutzlos. Wir nehmen Besitz von dem Schiff und sperren Sie ein. Knüfken ist Rabelgast. Der Dampfer geht unter meiner Führung ansicht nach Island nach dem Weissen Meer, um den Sowjetmann Jung und den Hamburger Kommunistenführer Appel dort zu landen.“ Als Kapitän Schröder hiergegen protestierte und verlangte, die Waffen zu sehen, zeigte Knüfken seinen Revolver. Gleichzeitig erklärte Appel: „Vorwärts, wenn Sie es nicht glauben wollen, können wir ja mal schießen.“ Der Kapitän mußte sich der Gewalt des Knüfken und seiner Kumpane fügen und wurde ins Rabelgast eingesperrt. Das gleiche geschah mit dem Kapitän Schröder, dem ersten Maschinenführer und dem ersten Seemann. Am folgenden Tage wurden sie unter starker Bewachung in das Mannschaftsgefängnis geführt und dort eingeschlossen. Die Führung des Schiffes übernahm nun Knüfken, der sich als Vermittelungsperson bei der Marine in die Kriegzeit einige nautische Kenntnisse angeeignet hatte; die übrige Besatzung, insbesondere der zweite Maschinenführer, der zweite Seemann, wurden unter Androhung der Gewalt gezwungen, ihren Dienst zu verrichten. Knüfken berief auf die Besatzung eine Besetzung von 40 000 A. Der Dampfer nahm dann den Kurs längs der norwegischen Küste nach dem Weissen Meer. Am 30. April kam er in Alexanderbrak an; die Reise wurde alsbald unter Vorkaufsrecht des Knechts fortgesetzt, das am 1. Mai erwidert wurde. Dort erklärten Knüfken und Jung, daß der Dampfer für die Sowjetregierung beschlagnahmt sei. Schon vorher hatte der Matrose Heide den an beiden Seiten des Dampfers befindlichen Schiffsmann abgemeldet. Während der ganzen zehntägigen Reise wurden die Offiziere stets unter starker Bewachung gehalten. An Bord durften sie sich täglich nur dreimal je etwa 5 Minuten aufhalten, obwohl sie wiederholt dringend um längeren Aufenthalt in freier Luft gebeten hatten. Während des Austritts bestand sich eines der Angeklagten auf die Befreiung der Mannschaft, die angelegten Geleise. In Alexanderbrak wurden die Offiziere am Land gebracht und in ein von Schmutz herrenbesetztes Gefängnis gesteckt. Dort blieben sie bis zum 5. Mai, hierauf wurden sie unter Bewachung mit der Bahn nach Petersburg gebracht, wo sie am 9. Mai eintrafen. Mit demselben Zuge fuhren auch Knüfken, Appel und Jung nach Petersburg. Die Offiziere wohnten dort zuerst im Anstalten und später in einem Hotel, befanden sich aber stets unter militärischer Bewachung. Trotz energischer Bemühungen gelang es ihnen anfänglich nicht, eine Ausreisegenehmigung zu erlangen. Erst am 12. Juni traf diese von Moskau ein. Die Offiziere wurden dann am 24. Juni mit einem Kriegsgefangenentransport nach Narwa in Marsch gesetzt, wo sie im Vorabend des Dampfers „Rügen“ nach Stettin fuhren. Inzwischen hatte die auf dem Dampfer zurückgelassene Mannschaft, da sich ihre Kommande immer mehr verzögerte und sie auch nichts von dem von Knüfken versprochenen Gehe erzielten, den Plan, auf eigene Faust mit dem Dampfer zurückzufahren. Es gelang ihnen, von den russischen Behörden die Erlaubnis zu erhalten, zum Fischen auszufahren. Auf hoher See übernahm Heide die Führung des Schiffes, die sich die Führung des Schiffes nach der Abreise des Knüfken amgeboten hatten, und schlugen den Kurs nach Tromsø ein, später kehrten sie nach Bergen an. Dort gelang es Heide und Albin auf dem Wege zum deutschen Konsulat zu entfliehen. Die übrige Mannschaft erreichte am 24. Mai wohlbehalten Cuxhaven. Der entflohenen Heide wurde später in Schweden festgenommen und zunächst nach Hamburg ausgeliefert.

Der Angeklagte Jung, der gegen Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen ist, ist zur heutigen Verhandlung nicht erschienen. Man hofft aber, daß er auf telegraphischem Wege nach Fortsetzung der Verhandlung geladen werden kann. Jung sollte als Delegierter zur dritten Internationalen nach Moskau gehen; er konnte aber keinen Nach erhalten. Durch Hamburger Kommunisten erhielt er, daß eine Beförderung von Cuxhaven aus möglich sei. Er fuhr dann mit Appel und Albin nach Cuxhaven, wo er von Knüfken am Bord des Dampfers genommen wurde.  
Bei seiner letzten Vernehmung erklärte K. Müller, er sei schon vor dem Krieg überzeugter Kommunist gewesen, müde aber entschienen bestrebt, daß er, wie er anfänglich verhandelt wurde, im Kriegeshochverratliche Handlungen begangen habe. Weiter erklärte er, die politischen Ereignisse in Deutschland, der Stopp-Rußland, das Vorgehen der Reichswehr, die Soldaten in März und April 1920 haben in ihm die Ueberzeugung hervorgerufen, daß die Einführung der Diktatur des Proletariats in Deutschland festzusetzen in die Wege geleitet werden müsse. Die politischen Schwierigkeiten hatten es unmöglich gemacht, Delegierte nach Rußland zu befördern, und daher habe er sich den Hamburger Genossen zur Verfügung gestellt. Delegierte zu befördern, damit die politische Lage Deutschlands in Rußland bekannt werde. Die späteren Vorgänge an Bord schildert er, wie bereits mitgeteilt. Der ebenfalls der kommunistischen Partei angehörende Heide gibt an, am Abend des 21. April 1920 habe Knüfken sich mit einer Pistole in der Hand vor ihm gestellt und gesagt, er habe jetzt die Führung des Schiffes übernommen. Der verbordene Matrose Arnold habe mit einem Gewehr daneben gestanden. Knüfken sagte, es ginge nicht um Fischen, die Reise ginge nach Island. Jung Mann erklärte, die Revolution sei in Deutschland ausgebrochen und die Revolutionären hätten die Gewalt in der Hand, und dann habe er mitgemacht. Nach seiner Meinung sollte der Dampfer nach Fischen gehen mit der Sowjetregierung als Passagierdampfer zwischen Rußland und Deutschland dienen. Die verprochenen 40 000 A. seien nach seiner Meinung kommunistischer gewesen. Den Umständen nach habe er die Beteiligung des Schiffmanns für zweckmäßig gehalten. Die Reorganisation beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Kapitän Schröder. Dieser sagt in der Vernehmung, er sei ein Offizier in der mecklenburgischen Wehr behandelt worden. Sie seien unter militä-